

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
– Drucksache 20/2035 –**

### **Bosnien und Herzegowina beim Aufbruch in eine bessere Zukunft unterstützen**

#### **A. Problem**

Die antragstellenden Fraktionen setzen sich dafür ein, die Anstrengungen zur Unterstützung von Bosnien und Herzegowina zu verstärken. Das Land befinde sich in einer schweren politischen Krise, die sich zu einer Sicherheitskrise auswachsen und den mühsam errungenen Frieden in Südosteuropa gefährden könnte. Vermeintliche ethnische Differenzen würden von einer nationalistischen politischen Elite in den serbischen, kroatischen und bosniakischen Parteien instrumentalisiert, verstärkt und zur Selbstbereicherung und für den Erhalt der eigenen Macht ausgenutzt.

Jahrzehntelang seien Reformen blockiert worden, um ein günstiges Umfeld für Korruption und Klientelismus zu schaffen. Nun setzten einzelne politische Führer immer stärker auf Separatismus, Hass und Hetze, um von Stillstand und gesellschaftlicher Frustration abzulenken, die sie selbst zu verantworten hätten.

Die Abspaltungstendenzen und die fortwährenden Angriffe auf die gesamtstaatlichen Institutionen durch die Regierung der Republika Srpska untergraben fortlaufend das Daytoner Friedensabkommen von 1995.

Diese Politik erfordere eine entschiedene Gegenwehr der Europäischen Union, ihrer Mitgliedstaaten sowie der internationalen Gemeinschaft.

Auch dürfe die mit Nachdruck betriebene Unterstützung seitens der russischen Führung unter Präsident Wladimir Putin für die spalterischen Kräfte in der Region nicht unterschätzt werden.

Das Friedensabkommen von Dayton habe wesentlich dazu beigetragen, dass es seit 1995 zu keiner schweren Gewalteskalation mehr gekommen sei. Allerdings habe es das Land ohne funktionsfähige staatliche Strukturen hinterlassen und die durch den Krieg vertiefte ethnische Spaltung eher verstärkt denn überwunden.

Weiterhin ungelöst sei die Aufgabe, dem Land eine Verfassung und ein Wahlrecht zu geben, welches die Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger gemäß den Urteilen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte gewähre. Das sogenannte „Prinzip der legitimen Repräsentation“ sei abzulehnen, eine entsprechende Einflussnahme aus den Nachbarstaaten auf die Wahlrechtsreform sehen die antragstellenden Fraktionen mit großer Sorge. Auch die Schaffung einer dritten Entität würde eine Gefahr für die territoriale Integrität des Landes bedeuten und dem Ziel einer pluralistischen Bürgergesellschaft entgegenstehen.

Größten Respekt verdiene die Zivilgesellschaft, die sich gegen Nationalismus und Korruption sowie für Aussöhnung und eine Aufarbeitung der Kriegsverbrechen einsetze. Sie müsse stärker unterstützt und in Verhandlungen und Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

Die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union stünden zu ihrer Zusage einer verlässlichen EU-Beitrittsperspektive für alle Staaten der Westbalkanregion. Mit dem vorliegenden Antrag soll der Bundestag sein Interesse an der weiteren Integration Bosniens und Herzegowinas in die Europäische Union bekräftigen und seinen Willen bekunden, das Land bei seinen Bestrebungen weiter aktiv zu unterstützen.

Hierzu soll der Bundestag die Bundesregierung insbesondere dazu auffordern, die politische Führung Bosniens und Herzegowinas zur Deeskalation und dem Abbau innerer Spannungen aufzurufen, sich in der Europäischen Union weiterhin für Sanktionen in enger Abstimmung mit den USA und dem Vereinigten Königreich gegenüber denjenigen Personen und Institutionen einzusetzen, die die Integrität des Landes untergraben und die Sicherheit gefährden sowie gegenüber den politischen Führungen Serbiens und Kroatiens auf die Distanzierung von völkisch-separatistischen Kräften in Bosnien und Herzegowina zu drängen.

Weiter soll die Bundesregierung dazu aufgefordert werden, das Amt des Hohen Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina zu stärken, die NATO-Annäherung des Landes engagiert zu begleiten, den „Berliner Prozess“ fortzuführen und die Wahlen im Herbst 2022 technisch zu unterstützen und sich an der internationalen Beobachtung und Begleitung der Wahlen zu beteiligen.

Darüber hinaus soll neben anderem die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft gestärkt und der Austausch unter Jugendlichen, Journalistinnen und Journalisten, bei Forschung und Hochschulen sowie in der dualen Ausbildung weiter ausgebaut werden.

## **B. Lösung**

**Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE.**

## **C. Alternativen**

Keine.

## **D. Kosten**

Keine.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 20/2035 anzunehmen.

Berlin, den 6. Juli 2022

## **Der Auswärtige Ausschuss**

**Michael Roth**  
Vorsitzender

**Adis Ahmetovic**  
Berichterstatter

**Knut Abraham**  
Berichterstatter

**Boris Mijatovic**  
Berichterstatter

**Thomas Hacker**  
Berichterstatter

**Matthias Moosdorf**  
Berichterstatter

**Dr. Gregor Gysi**  
Berichterstatter

## **Bericht der Abgeordneten Adis Ahmetovic, Knut Abraham, Boris Mijatovic, Thomas Hacker, Matthias Moosdorf und Dr. Gregor Gysi**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/2035** in seiner 41. Sitzung am 2. Juni 2022 beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss und zur Mitberatung dem Ausschuss für Inneres und Heimat, dem Rechtsausschuss, dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, dem Ausschuss für Kultur und Medien, dem Ausschuss für Digitales und dem Ausschuss für Klimaschutz und Energie überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Die antragstellenden Fraktionen setzen sich dafür ein, die Anstrengungen zur Unterstützung von Bosnien und Herzegowina zu verstärken. Das Land befinde sich in einer schweren politischen Krise, die sich zu einer Sicherheitskrise auswachsen und den mühsam errungenen Frieden in Südosteuropa gefährden könnte. Vermeintliche ethnische Differenzen würden von einer nationalistischen politischen Elite in den serbischen, kroatischen und bosniakischen Parteien instrumentalisiert, verstärkt und zur Selbstbereicherung und für den Erhalt der eigenen Macht ausgenutzt.

Jahrzehntelang seien Reformen blockiert worden, um ein günstiges Umfeld für Korruption und Klientelismus zu schaffen. Nun setzten einzelne politische Führer immer stärker auf Separatismus, Hass und Hetze, um von Stillstand und gesellschaftlicher Frustration abzulenken, die sie selbst zu verantworten hätten.

Die Abspaltungstendenzen und die fortwährenden Angriffe auf die gesamtstaatlichen Institutionen durch die Regierung der Republika Srpska untergraben fortlaufend das Daytoner Friedensabkommen von 1995.

Diese Politik erfordere eine entschiedene Gegenwehr der Europäischen Union, ihrer Mitgliedstaaten sowie der internationalen Gemeinschaft.

Auch dürfe die mit Nachdruck betriebene Unterstützung seitens der russischen Führung unter Präsident Wladimir Putin für die splatterischen Kräfte in der Region nicht unterschätzt werden.

Das Friedensabkommen von Dayton habe wesentlich dazu beigetragen, dass es seit 1995 zu keiner schweren Gewalteskalation mehr gekommen sei. Allerdings habe es das Land ohne funktionsfähige staatliche Strukturen hinterlassen und die durch den Krieg vertiefte ethnische Spaltung eher verstärkt denn überwunden.

Weiterhin ungelöst sei die Aufgabe, dem Land eine Verfassung und ein Wahlrecht zu geben, welches die Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger gemäß den Urteilen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte gewähre. Das sogenannte „Prinzip der legitimen Repräsentation“ sei abzulehnen, eine entsprechende Einflussnahme aus den Nachbarstaaten auf die Wahlrechtsreform sehen die antragstellenden Fraktionen mit großer Sorge. Auch die Schaffung einer dritten Entität würde eine Gefahr für die territoriale Integrität des Landes bedeuten und dem Ziel einer pluralistischen Bürgergesellschaft entgegenstehen.

Größten Respekt verdiene die Zivilgesellschaft, die sich gegen Nationalismus und Korruption sowie für Aussöhnung und eine Aufarbeitung der Kriegsgräuere einsetze. Sie müsse stärker unterstützt und in Verhandlungen und Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

Die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union stünden zu ihrer Zusage einer verlässlichen EU-Breitrittsperspektive für alle Staaten der Westbalkanregion. Mit dem vorliegenden Antrag soll der Bundestag sein

Interesse an der weiteren Integration Bosnien und Herzegowinas in die Europäische Union bekräftigen und seinen Willen bekunden, das Land bei seinen Bestrebungen weiter aktiv zu unterstützen.

Hierzu soll der Bundestag die Bundesregierung insbesondere dazu auffordern, die politische Führung Bosnien und Herzegowinas zur Deeskalation und dem Abbau innerer Spannungen aufzurufen, sich in der Europäischen Union weiterhin für Sanktionen in enger Abstimmung mit den USA und dem Vereinigten Königreich gegenüber denjenigen Personen und Institutionen einzusetzen, die die Integrität des Landes untergraben und die Sicherheit gefährden sowie gegenüber den politischen Führungen Serbiens und Kroatiens auf die Distanzierung von völkisch-separatistischen Kräften in Bosnien und Herzegowina zu drängen.

Weiter soll die Bundesregierung dazu aufgefordert werden, das Amt des Hohen Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina zu stärken, die NATO-Annäherung des Landes engagiert zu begleiten, den „Berliner Prozess“ fortzuführen und die Wahlen im Herbst 2022 technisch zu unterstützen und sich an der internationalen Beobachtung und Begleitung der Wahlen zu beteiligen.

Darüber hinaus soll neben anderem die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft gestärkt und der Austausch unter Jugendlichen, Journalistinnen und Journalisten, bei Forschung und Hochschulen sowie in der dualen Ausbildung weiter ausgebaut werden.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat die Vorlage auf Drucksache 20/2035 in seiner 13. Sitzung am 6. Juli 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. die Annahme.

Der **Rechtsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/2035 in seiner 20. Sitzung am 6. Juli 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE die Annahme.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat die Vorlage auf Drucksache 20/2035 in seiner 21. Sitzung am 6. Juli 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. die Annahme.

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/2035 in seiner 17. Sitzung am 6. Juli 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. die Annahme.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Vorlage auf Drucksache 20/2035 in seiner 16. Sitzung am 6. Juli 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. die Annahme.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage auf Drucksache 20/2035 in seiner 17. Sitzung am 6. Juli 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. die Annahme.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage auf Drucksache 20/2035 in seiner 16. Sitzung am 6. Juli beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE. die Annahme.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 20/2035 in seiner 14. Sitzung am 6. Juli 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion AfD.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 20/2035 in seiner 16. Sitzung am 6. Juli 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. die Annahme.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat die Vorlage auf Drucksache 20/2035 in seiner 11. Sitzung am 6. Juli 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. die Annahme.

Der **Ausschuss für Digitales** hat die Vorlage auf Drucksache 20/2035 in seiner 14. Sitzung am 6. Juli 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. die Annahme.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** hat die Vorlage auf Drucksache 20/2035 in seiner 25. Sitzung am 6. Juli 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. die Annahme.

#### **IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss**

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/2035 in seiner 16. Sitzung am 6. Juli 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

Berlin, den 6. Juli 2022

**Adis Ahmetovic**  
Berichterstatter

**Knut Abraham**  
Berichterstatter

**Boris Mijatovic**  
Berichterstatter

**Thomas Hacker**  
Berichterstatter

**Matthias Moosdorf**  
Berichterstatter

**Dr. Gregor Gysi**  
Berichterstatter



